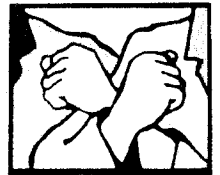


# Die ROTE HILFE



Nr. 6, Juni 1979

MITTEILUNGEN DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

5. Jahrgang

## Sieben Jahre nach Antikriegstagsdemonstration

### Dieter Vogelmann muß ins Gefängnis

Dieter Vogelmann aus Bochum-Wattenscheid, Facharbeiter bei Thyssen in Mülheim, muß für ein Jahr ins Gefängnis. Täglich muß er mit der „Ladung zum Strafantritt“ rechnen.

Und was hat er „verbrochen“, daß er so hart bestraft wird? Er nahm 1972, am Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkriegs, an einer Demonstration gegen die Gefahr eines neuen Weltkriegs teil, in deren Verlauf es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen ist. Das Gericht bescheinigte ihm, weder „gewalttätig“ noch „bewaffnet“ gewesen zu sein. Er hat daran teilgenommen — das genügt. Bewiesen wird seine Teilnahme durch die Aussagen eines Polizisten und durch Fotos eines Bild-Zeitungs-Reporters, die ein Jahr später aufgetaucht waren. Auf diesen Fotos kann man 50 bis 100 Demonstranten sehen, die Schutzhelme tragen — das Gericht erkennt aber zweifelsfrei Dieter Vogelmann unter ihnen.

Im Urteil der 1. Instanz wird die Aussetzung der Strafe zur Bewährung in folgender Weise abgelehnt: Würde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt, „so würde dies von der rechtstreuen Bevölkerung nicht nur nicht verstanden werden, es würde auch der Eindruck entstehen, es seien die staatlichen Ordnungskräfte dem Demonstrantensturm auf Rechtsgüter nicht gewachsen oder die Rechtspflegeorgane nähmen es mit der Verfolgung von Straftätern nicht ernst. Zudem wäre zu besorgen, daß

*Leute, denen die im Urteil zutage tretende staatliche Reaktion bekannt wird, zu ähnlichen Demonstrationen und deren Teilnahme daran direkt angeheizt werden, denn für sie spürbare Folgen würden bei der Verurteilung mit Strafaussetzung zur Bewährung nicht entstehen.“*

### Wo wird das Rechts empfindender Bevölkerung verletzt?

Hat man je gehört, daß die Gerichte derartige Überlegungen anstellten, als es um die Verurteilung von Nazi-Mördern ging? Ungefähr zu der Zeit, als Dieter Vogelmann erfuhr, daß die Gefängnisstrafe rechtskräftig war, wurde in Bochum ein ehemaliger SS-Angehöriger freigesprochen, dem die Anklageschrift die Beteiligung an der Ermordung von 5000 Juden vorwarf. Das Gericht konnte den Zeugenaussagen nicht glauben, weil sich die Überlebenden der Massaker jährlich zum Gedenken an die Ermordeten trafen, und dabei Selbsterlebtes mit Erzähltem vermischt werden konnte.

In einem anderen Urteil eines Hannoveraner Gerichts wurde ein ehemaliger SS-Oberscharführer, dem die Beihilfe zum Mord an 900 Juden nachgewiesen worden war, zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe mit Bewährung verurteilt.

### Die Kollegen stehen hinter Dieter Vogelmann

Die Gefängnisstrafe gegen Dieter Vogelmann ist



Dieter Vogelmann ist Mitglied des Essener Eisler-Chors und der Laienspielgruppe Pfeffermühle Bochum. Unser Bild zeigt ihn bei einem Auftritt der Pfeffermühle auf dem Kulturfestival WAT-kreativ in Bochum-Wattenscheid im April 1979.

von seinen Kollegen und Bekannten mit Empörung aufgenommen worden. Noch während das Verfahren lief, setzten sie sich in Resolutionen für ihn ein. Davon zeugen die beiden Resolutionen, die hier im Kasten abgedruckt sind.

Dieses Urteil stellt Dieter Vogelmann vor große Probleme. In seinem Betrieb wird zur Zeit scharf durchrationalisiert, und es wird daher schwierig sein, daß er den Arbeitsplatz behält.

Ohne Arbeit und damit ohne Geld kann er auch seine Wohnung nicht halten, seine Möbel müßten irgendwo untergestellt werden, was auch mit Kosten verbunden ist.

Die Bochumer Mitglieder der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sind hier vor große Aufgaben gestellt.

Aber noch ist Dieter Vogelmann nicht im Gefängnis. Mit seinen Kollegen fordern wir: Dieter Vogelmann darf nicht ins Gefängnis kommen!

#### Resolution des Allgemeinen Bürger- und Schützenvereins Wattenscheid .

Am 11. Mai 1978 muß unser langjähriger Schützenbruder Dieter Vogelmann wegen seiner Teilnahme an der Antikriegstagsdemonstration am 1. September 1972 in München zum 3. Mal vor Gericht. Der Staatsanwalt will, daß er zu 12 Monaten Gefängnis (ohne Bewährung) verurteilt wird.

Wir fordern: Dieter Vogelmann darf

#### nicht ins Gefängnis kommen!

Mülheim an der Ruhr, 3. 5. 1978

Die Kollegen des Thyssen-Henschel-Werks Mülheim sind der Meinung, daß der Kollege Dieter Vogelmann kein Krimineller ist. Er darf wegen seiner politischen Gesinnung Freiheit und Arbeitsplatz nicht verlieren.

[Unterzeichnet von fast allen Mitgliedern seiner Abteilung].

## Die RHD unterstützt politische Angeklagte

Antikriegstagsprozesse

## Volker Nieber freigesprochen!

Volker Nieber, gegen den seit fünf Jahren ein Verfahren wegen angeblicher Teilnahme an der Antikriegstagsdemonstration 1972 in München lief, mußte nun endgültig freigesprochen werden. Auch gegen ihn war in Urteilen verschiedener Instanzen zunächst eine Gefängnisstrafe verhängt worden.

Die Ortsgruppe Celler Land der RHD und auch der Zentralvorstand hatten Volker Nieber bei seinem Prozeß unterstützt.

## Die RHD unterstützt politische Gefangene

### Schreibt Klaus Singer ins Gefängnis

Klaus Singer ist einer von denen, die wegen ihrer Beteiligung an der Antikriegstagsdemonstration 1972 in München mit Gefängnis bestraft wurden. Seit fünf Monaten sitzt er nun in der JVA Darmstadt, hat es aber erreicht, daß er den Status eines Freigängers erhielt. Das heißt, daß er tagsüber normal zur Arbeit geht und nur abends um 22 Uhr zurück ins Gefängnis muß.

Wenn er dadurch sicherlich weniger Zeit hat, auf jeden Brief zu antworten, freut er sich sicherlich doch sehr über jeden Solidaritätsgruß und jeden Brief, der ihn erreicht. Hier seine Adresse:

Klaus Singer  
JVA Darmstadt-Eberstadt  
Marienburgerstr. 74  
6100 Darmstadt-Eberstadt.

## Großer Erfolg für alle Antifaschisten

## Hamburger Antifaschistenprozeß eingestellt

Am 23. Mai stellte das Hamburger Landgericht den großen Prozeß gegen acht Hamburger und Bremer Antifaschisten endgültig ein. Während die Angeklagten jeweils 500 Mark Buße an „amnesty international“ bezahlen müssen, gehen die Verhandlungskosten von 250 000 Mark voll an die Staatskasse.

Damit haben die Hamburger und Bremer Antifaschisten und darüber hinaus alle Antifaschisten der Bundesrepublik, die den Angeklagten während der gesamten Prozeßdauer solidarisch zur Seite standen, einen großartigen Sieg errungen.

Noch in der letzten Nummer der ROTEN HILFE berichteten wir, daß die Hamburger Justizbehörden den Prozeß, der Ende letzten Jahres wegen Befangenheit eines Richters geplatzt war, am 28. Mai wieder aufnehmen wollten.

Für die angeklagten Antifaschisten hätte das wieder zwei bis drei Verhandlungstage pro Woche — und das über Monate hinweg — bedeutet. Noch mehr von ihnen hätten dann ihren Arbeitsplatz verloren,

ganz abgesehen von den anderen Belastungen, die der Prozeß für die Angeklagten tagtäglich bedeutet.

### Die Empörung wuchs

Aber die Empörung über diesen Prozeß in der antifaschistischen und demokratischen Öffentlichkeit war gerade in der letzten Zeit immer mehr angewachsen.

In Bremen forderten 19 Vertrauensleute der Klöckner-Hütte den Freispruch der Antifaschisten, von denen einer ihr Kollege war. Die Ortsdelegiertenkonferenz der IG Drupa verabschiedete eine Protestresolution gegen den Prozeß; einer ihrer Gewerkschaftskollegen gehörte zu den Angeklagten. Bekannte Persönlichkeiten verurteilten in persönlichen Schreiben den Prozeß, unter ihnen Carola Bloch, die Witwe des verstorbenen Philosophen Ernst Bloch und zwölf Hamburger Pastoren.

Die Unterstützung durch die RHD

### Die Unterstützung durch die RHD

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS unterstützte von Anfang an die angeklagten Antifaschisten. Sie sicherte ihnen ihre Soli-

darität und ihre finanzielle Unterstützung zu, informierte alle ihre Mitglieder über den anstehenden Prozeß und forderte sie auf, zu ihrer Unterstützung zu sammeln. Dort, wo sich die Gelegenheit dafür bot, wurde auch eine breitere antifaschistische und demokratische Öffentlichkeit auf den Prozeß angesprochen und zur Unterstützung der angeklagten Antifaschisten aufgerufen. Somit war den Angeklagten zumindest die Sorge genommen, im Falle einer Verurteilung für die ungeheuren Prozeßkosten aufkommen zu müssen.

Doch wenn auch nun der Hamburger Antifaschistenprozeß eingestellt wurde, muß heute immer noch jeder, der sich aktiv gegen die Provokationen faschistischer Gruppen stellt, mit Verfolgung, mit Prozessen und sogar mit Gefängnis rechnen. In zahlreichen Städten, auch in Hamburg, laufen zur Zeit Antifaschistenprozesse bzw. müssen Antifaschisten mit der Eröffnung eines Verfahrens gegen sie rechnen, weil sie das Auftreten der Neonazis nicht einfach hinnehmen wollten.

Lassen wir daher in unseren Anstrengungen nicht nach, die Solidarität für die verfolgten Antifaschisten, für alle politisch Verfolgten zu organisieren.

**Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten!**

## Die RHD unterstützt politisch Verfolgte in der DDR

Am 22. April wurden in der DDR der 30jährige Berliner Wolfgang Geißler und der 23jährige Reinhard Schimke verhaftet. Der Grund: Sie hatten — so Wolfgang Geißler — Exemplare des „Roten Morgen“, Ausgabe DDR (Zeitung der KPD/ML) bei sich. Nach zweieinhalb Wochen Haft wurden sie entlassen, nachdem die KPD/ML, deren Mitglieder die beiden sind, eine umfangreiche Kampagne zu ihrer Freilassung begonnen hatte.

Sobald der Zentralvorstand der RHD von der Verhaftung erfahren hatte,

hatte er mit den Ortsgruppen Bremen und Westberlin Verbindung aufgenommen, um zu beraten, wie die Angehörigen am besten unterstützt werden könnten. Ihre zum Glück

rasche Rückkehr machte weitere Aktivitäten der RHD nicht mehr nötig.

Soweit die beiden durch ihre Haft Schaden erlitten haben — Wolfgang Geißler wurde zum Beispiel aus seinem Betrieb entlassen —, können sie mit der Unterstützung durch die RHD rechnen.

**Die schon vor langer Zeit angekündigten Monatsbeitragsmarken für 5 bzw. 10 DM sind jetzt endlich fertiggestellt und können beim Zentralvorstand (hoffentlich reichlich) bestellt werden.**



## Nachrichten aus den Orts- gruppen

### Kiel: Aus dem Rechen- schaftsbericht des Ortsvorstands

Der Kieler Ortsvorstand hat kürzlich den Mitgliedern der Ortsgruppe den Rechenschaftsbericht für den Zeitraum seit dem Mai 1978 zugestellt.

Ausführlich geht er in diesem Schreiben auf die Probleme und Aufgaben ein, vor die sich die Ortsgruppe im Berichtszeitraum gestellt sah.

In welchem großen Maße die Ortsgruppe ihre Solidaritäts- und Unterstützungsaufgaben erfüllen konnte, geht aus dem Finanzbericht hervor, der den Mitgliedern der Ortsgruppe auf Heller und Pfennig Rechenschaft über die eingenommenen Gelder und ihre Verwendung gibt.

Im folgenden wollen wir einige Abschnitte aus dem Rechenschaftsbericht wiedergeben.

Zur Frage der Einschätzung der II. Zentralen Delegiertenkonferenz heißt es:

„In der Zeitung wurde betont, daß ein Mangel der 2. ZDK war, daß sie zwar das Programm und Statut den Anforderungen einer Massenorganisation entsprechend geändert, aber nicht herausgestellt hat, daß zum wirklichen Massenbeitritt vieler Menschen noch etwas als Wesentliches gehört: nämlich eine Situation des verschärften Klassenkampfes, der mit wirklich massenhafter Verfolgung vor allem klassenkämpferischer Arbeiter den Werktätigen die Notwendigkeit Roter Hilfe unübersehbar vor Augen führt, der RHD — wenn sie auf dem Posten ist — die Möglichkeit zu tatkräftiger Hilfe gibt, was die beste Werbung für uns ist.

Hierbei sollte erwähnt werden, daß dieses Problem,

wenn auch nicht so konsequent in den Schlußfolgerungen, bereits im Rechenschaftsbericht der damaligen Ortsleitung angesprochen wurde. Hier wurde darauf hingewiesen, daß man auch mit der neuen Satzung nicht erwarten dürfe, daß wir von heute auf morgen Tausende Mitglieder gewinnen, sondern daß das mit der Entwicklung des Klassenkampfes zusammenhängt, damit, in welchem Maße wir es verstehen, in stattfindenden Kämpfen Verfolgten und ihren Familien zu helfen und sie zum Beispiel vor Gericht zu unterstützen. Denn wir hatten in Kiel ja längst die Erfahrung gemacht, daß die Versuche, zum Beispiel über Haus-AP mit der Zeitung Mitglieder oder auch nur größere Spenden für die RHD zu bekommen, ziemlich fruchtlos waren.

**Zum Problem der regelmäßigen Betreuung und Kassierung nimmt der Ortsvorstand folgendermaßen Stellung:**

„Unsere Ortsgruppe hat verhältnismäßig viele Mitglieder, Menschen, die sich aufgrund positiver Erfahrungen mit der Hilfstätigkeit der RHD verpflichteten, mit ihrem regelmäßigen Beitrag die Wirksamkeit dieser Hilfe zu erhöhen.

Unsere dringendste Aufgabe ist es, diese Menschen gut zu betreuen, dafür zu sorgen, daß ihr Wunsch zu helfen auch Wirklichkeit wird, sie darüber hinaus so viel wie möglich und sie es wünschen, in die Arbeit einzubeziehen und ein ihren Wünschen entsprechendes Vereinsleben zu entfalten.

Daraus ergibt sich zwingend, daß ein gut funktionierendes Kassierersystem die wesentliche Stütze der RHD ist. Nur wenn das funktioniert, kann man überhaupt richtig aufbauen und an weitere Aktivitäten denken. Wer für die RHD besonders aktiv werden möchte, ist deshalb aufgerufen, hier mitzuhelfen.“

**Zur Frage der Zusammenarbeit mit örtlichen antifaschistischen und ähnlichen Initiativen heißt es im Rechenschaftsbericht (Genosse Dietrich, von dem hier die Rede ist, ist die Kontakt-**

**adresse der RHD in Kiel):**

„In der Dezembernummer der RH-Zeitung ist aufgezeigt, daß bei uns im Kampf gegen die politische Unterdrückung etwas fehlt, nämlich eine kämpfende Einheitsfrontorganisation gegen Reaktion und Faschismus.

Anhand konkreter Fälle der Verfolgung und Unterdrückung, des Auftretens von Neofaschisten usw. haben sich in verschiedenen Städten Initiativen für eine solche Organisation gebildet, die breite Aufklärungsarbeit leisten und Kampfaktionen durchführen. Hier ist unserer Meinung nach auch das richtige Betätigungsfeld für diejenigen Roten Helfer, denen es zuwenig ist, ihren Beitrag zu zahlen und das Vereinsleben der RHD zu gestalten bzw. daran teilzunehmen.

Deshalb hat sich besonders der Genosse Dietrich schon seit langem für den Aufbau einer solchen Initiative auch in Kiel eingesetzt. Inzwischen gibt es die „Gruppe Kieler Antifaschisten“, gebildet anlässlich des Versuchs der Neonazis, in Kiel eine faschistische Filmreihe zu zeigen. Dietrich arbeitet dort führend mit. Denn die RHD gehört in die „Front“, sie hat so direkten Zugang zu stattfindenden Kämpfen und kann helfend eingreifen, wenn zum Beispiel materielle Unterstützung gebraucht wird. Damit ist hier auch die Möglichkeit gegeben, für die RHD zu werben.

Deshalb rufen wir alle „nicht ausgelasteten“ Roten Helfer auf, in dieser Gruppe mitzuarbeiten. Das ist der richtige Schritt und nicht weiterhin zu versuchen, die RHD zu einer Kampforganisation zu machen.“

**Im Finanzbericht schließlich stellt der Vorstand fest:**

„Wir hatten seit der letzten MV in Kiel genug Bedarf an — besonders finanzieller — Unterstützung für verfolgte Kämpfer. Was im einzelnen dabei herauskam, ist dem Finanzbericht zu entnehmen, der am Schluß dieses Berichts steht. Wir danken allen Kieler Roten Helfern dafür, daß sie mit ihren Beiträgen und

Spenden den wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, die in Kiel anfallenden Kosten zum größten Teil am Ort selbst aufzubringen!“

### Hamburg: Unterstützung für angeklagte Rechtsanwälte

„Wir hatten mit Betroffenheit und Empörung den Prozeß gegen euch verfolgt und freuen uns jetzt riesig über den Freispruch. Was täten wir ohne euch angesichts der — leider — immer noch und immer wieder stattfindenden politischen Prozesse.

Viele antifaschistische und berufsverbotefeindliche Grüße

RHD-Ortsgruppe Hamburg.“

Zusammen mit einem Blumenstrauß überreichten wir am 10. 5. 79 den oben abgedruckten Glückwunsch zum Freispruch der beiden Anwälte, denen aufgrund ihrer Anwaltstätigkeit im Interesse ihrer Mandanten — und nicht als Handlanger des Staatsschutzes — die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen worden war.

### Gemeinsame Solidaritätsaktion für Antifaschisten

Mit einem kurzen Informationsblatt berichteten wir über die Notwendigkeit, Solidarität — besonders materieller Art — zu üben mit angeklagten Antifaschisten und AKW-Gegnern. Dieses — von der RHD, der Hamburger RH e.V., dem Ermittlungsausschuß und der Antifaschistischen Prozeß-Unterstützungsgruppe unterzeichnete — Flugblatt verteilten wir am 1. Mai und forderten durch den Verkauf von roten Nelken zum Solidaritätspreis von 1 Mark zur Unterstützung der betroffenen Antifaschisten und AKW-Gegner auf. Obwohl viele andere Organisationen ebenfalls rote Nelken verkauften, konnten wir über 700 Mark sammeln, die je zur Hälfte an die Unterstützungsgruppe und an den Ermittlungsausschuß der BUU gehen.

## Wie Beiträge und Spenden geholfen haben

### Kiel: Unterstützung Antifaschisten

Vier Kieler Antifaschisten, die wegen ihres Vorgehens gegen einen Stand der Neonazis vor Gericht gezogen und zu Geld- und Gefängnisstrafen mit Bewährung verurteilt worden waren, bedanken sich in dem folgenden Brief für die Unterstützung durch die RHD.

An den Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.

Liebe Genossen,

für die finanzielle Unterstützung bei der Zahlung der Prozeß- und Rechtsanwaltskosten durch die RHD möchten wir uns ganz herzlich bedanken. Wie hätten wir uns wohl einen so umfangreichen Prozeß, ein so offensives Auftreten, eine so gründliche und damit langwierige Entlarvung der faschistischen „Zeugen“ leisten können, hätten wir nicht auf die Unterstützung der RHD bauen können?

Wir vier hätten uns natürlich eh nicht einschüchtern lassen, aber wir wären, da wir alle Arbeiter sind, jetzt in einer ziemlichen Notlage.

Und wir haben noch weitere Kosten zu erwarten! Der Nazi-Anwalt Rieger, selbst aktiver Faschist, hat uns eine Rechnung über 3400 Mark zugeschickt — „Schmerzensgeld“-Forderungen für die armen Nazis, die angeblich durch uns zu Schaden gekommen sind!

Wir haben also noch einen Zivilprozeß zu erwarten. Wenn wir Näheres wissen, melden wir uns wieder.

Mit solidarischen Grüßen!  
Ewald, Egon, Wilfried und Dietrich.

### Kiel: Unterstützung für Bernd Weitalla

Im November 1976 wurde Bernd Weitalla aus Kiel bei der großen Brokdorf-Demonstration, an der über 30 000 Menschen teilnahmen, durch den Steinwurf eines Polizisten schwer verletzt. Sein Gesundheitszustand ist inzwischen wieder einigermaßen hergestellt; seit längerem kann er auch wieder arbeiten.

Von ihm erhielten wir vor kurzem folgenden Brief, in dem er sich für die Unterstützung durch die RHD bedankt.

An den Zentralvorstand der RHD.

Liebe Genossen!

man kann sich kaum vorstellen, welchen Druck die bürgerliche Klassenjustiz ausüben kann. Ich hatte nicht Gefängnis wie manche Genossen, sondern nur meist bürgerliche Streitfälle. Aber das nagt ganz schön in einem rum.

Ich wurde entlassen, weil ich damals für Rote Liste bei der HDW kandidiert hatte. In diesem Umfeld hatte mehrere Prozesse. Diese Prozesse wurden von meiner Versicherung getragen oder eingestellt.

Dann kam der besagte Stein, geworfen von der Polizei, damals bei Brokdorf. Ich hatte gegen die Polizei geklagt, gegen die Versicherung usw.

Ohne die Hilfe der RHD hätte ich meine ganzen Prozesse gar nicht führen können. Außer den Spenden, wo ich noch im Krankenhaus war, habe ich noch ca. 3 200 Mark bekommen zur Deckung meines Rechtsanwalts, Gerichte usw.

Ich habe Frau und Kind zu versorgen. Welcher Arbeiter könnte ohne eine feste Organisation wie die Rote Hilfe gegen die bürgerliche Klassenjustiz antreten? Es ist nicht vor allem das Geld, sondern auch der feste Rückhalt, daß man auch kämpfen kann!

Ich möchte mich [auch im Namen] meiner Familie danken für die Hilfe, die uns zuteil wurde.

Mit solidarischen Grüßen Bernd Weitalla.

## Rote Hilfe tut not!

In den letzten Wochen gingen beim Zentralvorstand wieder zahlreiche Anträge auf Unterstützung ein. Über 10 000 Mark werden allein aufgrund dieser Anträge ausgezahlt werden. Erforderlich wurden diese Unterstützungszahlungen aufgrund von Presseprozessen, von Prozessen, zu denen es im Rahmen des Auftretens von Neofaschisten

kam und von Prozessen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. u. ä. Regelmäßiges Kassieren, die Verwendung der Beitragsmarken zu 5 und zu 10 Mark und vor allem Mitgliederwerbung sind die Voraussetzungen, um auch künftig noch diese Unterstützungen gewähren zu können.

### Spendenliste

Im Monat April gingen folgende Spenden beim Zentralvorstand ein:

1. Spenden ohne Angabe des Verwendungszwecks: OG Gelsenkirchen 428,82 DM; OG Westberlin 478,56 DM; OG Kassel 53,— DM; OG Heidenheim 27,20 DM; OG Bielefeld 60,84 DM; OG Kiel 186,90 DM; OG Recklinghausen 334,— DM; OG Lübeck 204,— DM; OG Kitzingen 2,— DM.

2. Spenden für verfolgte Antifaschisten:

OG Darmstadt 64,44 DM; OG Gießen (Blocks) 40,— DM; OG Lübeck für Hamburger Antifaschisten 30,— DM.

Summe aller Spenden im April: 1909,76 DM.

Allen Spendern herzlichen Dank!

Der Zentralvorstand zahlte im April an Unterstützungen aus: 5539,91 DM.

## Gemeinnützig

*Ob ein Verein gemeinnützig ist, ist unter anderem eine Sache der Steuern. Gewisse Steuern entfallen für den Verein, und Spenden an ihn können steuerlich abgesetzt werden.*

*Von einem Verein, der sich gemeinnützig nennt, erwartet man, daß er sich auf die eine oder andere Weise für sich in Not befindende Menschen einsetzt, daß es sich um eine gute Sache handelt.*

*Nun, die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS, die sich für Menschen einsetzt, die durch politische Verfolgung in Not geraten sind, stellte den Antrag auf Anerkennung*

*als gemeinnützig.*

*Dieser Antrag wurde vorerst abgelehnt. Gut, wird mancher sagen, die RHD wird ihre Aufgaben auch ohne dieses Etikett durchführen können, und damit hat er auch recht. Aber zur Tagesordnung kann man deswegen noch lange nicht übergehen. Etwa zur gleichen Zeit nämlich wurde in Aschaffenburg einer Vereinigung die Gemeinnützigkeit zuerkannt, die durch ihre Mord- und Greueltaten in ganz Europa Angst und Schrecken verbreitete: die SS-Division Totenkopf.*

## ROTE HILFE DEUTSCHLANDS

Postanschrift: RHD, Postfach 215, 4600 Dortmund 1. Der Zentralvorstand ist telefonisch zu erreichen unter 0234/86 44 27 (Jürgen Janz).

KONTO

Rote Hilfe Deutschlands e.V. PSchA Dortmund. Kto.-Nr. 19 11 00 — 462

Die ROTE HILFE

Herausgeber: Zentralvorstand der RHD. Verantwortliche Redakteurin: Gudrun Kahlke. Eigendruck im Selbstverlag.